

**Leopold-/Schenkendorfstraße – Lärmbelästigung durch
geeignete Lärmschutzmaßnahmen und Kontrollen des
Straßenverkehrs minimieren**

Empfehlung Nr. 14-20 / E 02791 der Bürgerversammlung
des 11. Stadtbezirkes Milbertshofen-Am Hart am 18.07.2019

Anlagen:
2 Anlagen

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 17252

**Beschluss des Bezirksausschusses des 11. Stadtbezirkes Milbertshofen-Am Hart
vom 18.12.2019**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die Bürgerversammlung des 11. Stadtbezirkes Milbertshofen-Am Hart hat am 18.07.2019 die anliegende Empfehlung beschlossen.

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang, der nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfehlung einer Bürgerversammlung handelt, die in ihrer Bedeutung auf den Stadtbezirk beschränkt ist, muss diese nach Art. 18 Abs. 4 Satz 1 GO, § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gemäß § 9 Abs. 4 der Bezirksausschusssatzung vom zuständigen Bezirksausschuss behandelt werden, zu dessen Information Folgendes auszuführen ist:

Die Empfehlung enthält folgende Anträge:

- Lärmbelastung an der Leopoldstraße erneut überprüfen und den Lärmschutz gegebenenfalls entsprechend verbessern.
- Kontrolle des Straßenverkehrs bezüglich Einhaltung der Grenzwerte für Schallemission.

Zur Begründung wird ausgeführt, dass trotz eines geräuschkindernden Straßenbelags die Lärmbelastung an der Kreuzung Leopoldstraße/Schenkendorfstraße weiter gestiegen sei. Die Verkehrsdichte hätte weiter zugenommen. Speziell im Sommer erhöhe sich die Lärmbelastung durch Motorräder und Sportwagen (bzw. "Autorennen"). Die Lautstärke läge sicher nicht im zulässigen Bereich. Da Schallpegel heute schon per App gemessen werden könnten, sei es unverständlich, dass es anscheinend keine entsprechenden Kontrollen gäbe.

Zu diesen Anträgen wird wie folgt Stellung genommen:

1. Verkehrsfunktion der Leopoldstraße

Das Münchner Straßenverkehrsnetz ist funktional in ein Primär-, Sekundär- und Tertiärnetz gegliedert. Das mit dieser funktionalen Gliederung verfolgte Bündelungsprinzip bedeutet, dass Hauptverkehrsstraßen des Primär- und auch Sekundärnetzes mit ihrer herausragenden Verkehrsbedeutung eine entsprechende Verkehrsqualität aufweisen müssen, damit keine Verdrängungen in das nachgeordnete Straßennetz erfolgen und dadurch die empfindlichen Wohnbereiche entlastet werden.

Der Mittlere Ring – Petuelring ist im bestehenden Verkehrsentwicklungsplan der Landeshauptstadt München als höhenfreie, zweibahnige Hochleistungsstraße definiert. Er verläuft auf Höhe der Leopoldstraße seit dem Jahr 2002 in dem nach ihm benannten Petueltunnel.

Der nördlich davon verlaufende Abschnitt der Leopoldstraße (und in deren Fortsetzung die Ingolstädter Straße) ist eine überregionale bzw. regionale Hauptverkehrsstraße im primären Straßennetz der Landeshauptstadt München. Sie weist in der aktuellen Verkehrsmengenkarte des Referats für Stadtplanung und Bauordnung (PLAN) eine durchschnittliche werktägliche Verkehrsbelastung von 39.000 KFZ in beiden Richtungen auf. Darin enthalten ist ein Schwerverkehrsanteil von ca. 3,6 %.

Der südlich vom Mittleren Ring verlaufende Abschnitt der Leopoldstraße ist als eine örtliche Hauptverkehrsstraße mit maßgebender Verbindungsfunktion im sekundären Straßennetz definiert. Hier weist die aktuelle Verkehrsmengenkarte des Referats für Stadtplanung und Bauordnung (PLAN) eine durchschnittliche werktägliche Verkehrsbelastung von 31.000 KFZ in beiden Richtungen bei einem darin enthaltenen Schwerverkehrsanteil von ebenfalls ca. 3,6 % auf.

Die Straßenzüge sind im Grundsatz so ausgebaut, um diese ihnen zugedachten Verkehrsfunktionen gut bedienen zu können.

2. Verkehrslärmbelastung und Bewertung

Gemäß § 45 Abs. 1 S. 1 i.V.m. S. 2 Nr. 3 StVO kann die Straßenverkehrsbehörde die Benutzung von Straßen zum Schutz der Wohnbevölkerung unter anderem vor Lärm und zur Luftreinhaltung beschränken. Bei einer Ermessensentscheidung, wie der Verkehr zu regeln ist, sind allerdings immer die Interessen aller Beteiligten gegeneinander abzuwägen. Die Bestimmung des § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StVO knüpft dabei nicht an bestimmte Grenzwerte an, jenseits derer die Behörde zu verkehrsrechtlichen Maßnahmen verpflichtet ist.

Anhaltspunkte für eine unzumutbare Verkehrslärmbelastung können die Vorschriften der „Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm“ (Lärmschutz-Richtlinien-StV) vom 23. November 2007 bieten. Demnach kommen straßenverkehrsrechtliche Lärmschutzmaßnahmen insbesondere dann in Betracht, wenn der vom Straßenverkehr herrührende Beurteilungspegel am Immissionsort die folgenden, für allgemein und reine Wohngebiete geltenden Richtwerte übersteigt:

70 dB(A) bei Tag (zwischen 06:00 und 22:00 Uhr),
60 dB(A) bei Nacht (zwischen 22:00 und 06:00 Uhr).

Für die unmittelbare Umgebung von Hauptverkehrsstraßen gilt dabei hinsichtlich der bei einer Interessenabwägung anzustellende Güterabwägung bezüglich der Zumutbarkeit des jeweiligen Verkehrslärms bzw. dem, was als ortsüblicher Verkehrslärm hinzunehmen ist, eine erheblich höhere Zumutbarkeitsschwelle als beispielsweise für die Anlieger von Nebenstraßen. Anhand der vom Bayerischen Landesamt für Umwelt auch online zur Verfügung gestellten Lärmkarten, können erste Einschätzungen zur Lärmbelastung abgeleitet werden. Das vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellte aktuelle Lärmbelastungskataster kann unter „<http://www.umweltatlas.bayern.de/>“ eingesehen werden.

Hiernach werden an den unmittelbar an der Leopoldstraße angrenzenden Fassaden die oben genannten Richtwerte zwar annähernd erreicht, aber noch nicht überschritten.

Für die Bebauung der an die Leopoldstraße angrenzenden Nebenstraßen ergeben sich dagegen keine Anhaltspunkte für eine besondere Verkehrslärmbelastung, die jenseits dessen liegt, was unter Berücksichtigung der Belange des Verkehrs über das in einer Großstadt als ortsüblich zumutbare Maß hinausgeht.

So sind beispielsweise beim Anwesen in der Freiligrathstraße 9 die Lärmsanierungsgrenzwerte deutlich unterschritten. Im oben genannten Lärmkataster werden für dieses Anwesen Beurteilungshöchstpegel von 61,2 dB(A) bei Tag und 52,3 dB(A) bei Nacht errechnet. Diese liegen also weit unter den oben genannten Richtwerten der Lärmschutz-Richtlinien.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) stellt dazu ergänzend fest, dass im gegenständigen Bereich der Mittlere Ring in einem Tunnelbauwerk (Petuertunnel) verläuft. Auch ist auf der Leopoldstraße bereits lärmindernder Asphalt verbaut.

Weiterführende zusätzliche Maßnahmen am Knoten Leopoldstraße – Petuelring sind deshalb derzeit nicht veranlasst.

Folglich ergeben die aktuellen örtlichen Verhältnisse und die vorstehend genannten Daten auch für die Straßenverkehrsbehörde keine Veranlassung für tiefer gehende straßenverkehrsrechtliche Untersuchungen.

3. Überwachung

Zur vorgetragenen Forderung zur Kontrolle des Straßenverkehrs (Lärmmessungen bzw. Autorennen) wird auf Folgendes hingewiesen:

Zur Beurteilung der Lärmbelastung durch Straßenverkehr werden ausschließlich Berechnungen durchgeführt. Dies ist vom Gesetzgeber so vorgegeben. Messungen des Verkehrslärms würden zu nicht reproduzierbaren und nicht repräsentativen Ergebnissen (unterschiedliche Witterungsbedingungen, individuelles Verhalten der Autofahrer, sonstige verkehrsfremde Störgeräusche usw.) führen.

Mit den Ergebnissen von Lärmmessungen könnten auch keine nachvollziehbaren Vergleiche erstellt werden. Der Bundesminister für Verkehr hat deshalb die Berechnung der Schallimmissionen auf der Basis von Verkehrsmengen für die Beurteilung von Verkehrsgläuschen in den Richtlinien festgelegt, unter anderem auch wegen der Vergleichbarkeit und der bundesweiten Gleichbehandlung.

Die Richtlinien gehen dabei hinsichtlich der Schallausbreitung von leichtem Wind vom Verkehrsweg zum Immissionsort und von Temperaturinversion aus. Dies führt in der

Regel zugunsten der Betroffenen zu höheren Beurteilungspegeln als bei Messungen.

Ergänzend sei hier noch angemerkt, dass zur Beurteilung von Geräuschen über die Zeit gemittelte Lärmpegel heranzuziehen sind und nicht die mitunter als besonders störend empfundenen Spitzenpegel, die beispielsweise bei der Vorbeifahrt einzelner, sehr lauter Fahrzeuge erreicht werden. Auch dies ist gesetzlich so vorgegeben.

Die Überwachung des fließenden Verkehrs wiederum fällt in den originären Zuständigkeitsbereich der Polizei. Diese wurde beteiligt und gab folgende Stellungnahme ab:

„Den für diesen Bereich zuständigen Polizeiinspektionen 47 und 13 sind bislang keine Beschwerden über Lärmbelästigungen oder gar „Autorennen“ bekannt geworden.

Es ist jedoch bekannt, dass insbesondere an Tagen mit schöner Witterung unter anderem die Leopoldstraße in deren Verlängerung stadtauswärts von „Autoposern“ und „Profilierungsfahrern“ als Anreise- bzw. Abreiseroute in Richtung bzw. aus Richtung Schwabing von Anhängern dieser Szene genutzt wird.

Das Ziel dieses Klientels ist dabei häufig der Bereich der Leopoldstraße / Ludwigstraße / Platz vor der Feldherrnhalle, wo das Polizeipräsidium München neben den Kontrollen im Rahmen des Streifendienstes auch Schwerpunktkontrollen mit Zielrichtung manipulierter Fahrzeuge an diesen Örtlichkeiten durchführt.

Dabei hat sich gezeigt, dass Kraftfahrzeugführer, die tagsüber und unter der Woche mit akustisch wahrnehmbar „zu lauten“ Fahrzeugen unterwegs waren, überwiegend mit hochpreisigen Sportwagen fuhren, die jedoch den technischen und baulichen Anforderungen entsprachen.

Nichtsdestotrotz wurden aber auch Verursacher unnötigen Lärms wegen starken Beschleunigens bzw. hochtourigen Fahrens in niedrigen Gängen beanstandet.

Das Polizeipräsidium München wird den Bereich der Ludwigstraße und Leopoldstraße auch weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten in Bezug auf die Lärm- und Autoposerproblematik überwachen.“

Fazit

Verkehrslärmmessungen fanden in der Vergangenheit und finden auch in Zukunft nicht statt. Die Beurteilung der Verkehrslärmbelastung erfolgt ausschließlich auf der Grundlage verkehrsmengenbasierter Berechnungen. Dies ist gesetzlich so vorgegeben.

Die Verkehrslärmbelastung liegt im sachgegenständlichen Bereich unterhalb der Richtwerte. Hinsichtlich des Lärmschutzes sind insbesondere unter Berücksichtigung der hohen Verkehrsbedeutung derzeit weiterführende zusätzliche Maßnahmen im Umfeld des Verkehrsknotens Leopoldstraße – Petuelring nicht veranlasst.

Die Kontrolle des fließenden Verkehrs ist im Grundsatz die Aufgabe der Polizei. Diese führt bereits jetzt regional koordinierte Schwerpunktmassnahmen unter anderem auch zur Bekämpfung von überlautem Fahrzeuglärm durch.

Das in der Empfehlung geschilderte hohe Geschwindigkeitsniveau wurde durch die Polizei nicht bestätigt.

Die Korreferentin des Kreisverwaltungsreferates, Frau Stadträtin Dr. Evelyne Menges und der Verwaltungsbeirat für den Zuständigkeitsbereich Straßenverkehr, Herr Stadtrat Richard Progl, haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Von der Sachbehandlung als ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 22 GeschO) wird mit folgendem Kenntnis genommen:

Von den Ausführungen zum Verkehrslärm bzw. zur Verkehrsüberwachung wird Kenntnis genommen.

2. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 02791 der Bürgerversammlung 11.Stadtbezirkes Milbertshofen-Am Hart am 18.07.2019 ist damit satzungsgemäß behandelt.

III. Beschluss

nach Antrag

Der Bezirksausschuss des 11. Stadtbezirkes der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Der Referent

Herr Hummel-Haslauer
Vorsitzender

Dr. Böhle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Wv. bei Kreisverwaltungsreferat - GL 532

zur weiteren Veranlassung.

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit dem Original wird bestätigt.

An den Bezirksausschuss 11

An das Direktorium - BA-Geschäftsstelle Nord (3x)

An D-II-V / Stadtratsprotokolle

An das Polizeipräsidium München

An das Baureferat

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. An das Direktorium - HA II/BA

- ☐ Der Beschluss des BA 11 kann vollzogen werden.

Mit Anlagen

3 Abdrucke des Originals der Beschlussvorlage

Stellungnahme Kreisverwaltungsreferat

Es wird gebeten, die Entscheidung des Oberbürgermeisters zum weiteren Verfahren einzuholen.

- ☐ Der Beschluss des BA 11 kann/soll nicht vollzogen werden (Begründung siehe Beiblatt)
- ☐ ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt)

**VI. Mit Vorgang zurück zum
Kreisverwaltungsreferat HA I/311
zur weiteren Veranlassung**

Am

Kreisverwaltungsreferat - GL / 532